# Für Selenskijs Wahn sterben täglich 500 seiner Soldaten

18 Juni 2022 12:38 Uhr

Die russische Wirtschaft erholt sich ungeahnt schnell, während die Entwicklung im Westen genau in die Gegenrichtung geht. Für die westlichen Kriegsherren läuft in Russland und der Ukraine nichts nach Plan. Täglich sterben 500 ukrainische Soldaten. Trotzdem will Selenskij so weitermachen.

Quelle: www.globallookpress.com © Ukraine Presidency/Keystone Press Agency
Selenskij mit dem britischen Premier Boris Johnson am Freitag in Kiew beim Aufstellen von Kerzen zum Gedenken an die "gefallenen Helden"

*von Rainer Rupp*

Es wird vielfach behauptet, dass der Westen von Anfang an ziemlich ratlos war und keine kohärente Strategie für die Situation in der Ukraine gehabt habe. Das stimmt nicht. Inzwischen trifft zwar zu, dass sich wegen der tatsächlichen Entwicklungen im Westen zunehmend Ratlosigkeit breitmacht. Aber das nur, weil das ursprüngliche US/NATO-Kalkül nicht aufgegangen ist.

Denn wenn man die Entwicklung in der Ukraine analysiert, kann man dahinter sehr wohl eine längerfristige Strategie des Westens erkennen, die die typischen US-Handlungsmuster zur Destabilisierung fremder Länder und für den Umsturz von Regierungen aufweist, wobei diesmal die russische Regierung das Ziel war.

Noch vor vier Monaten war man in den politischen Führungsspitzen in Washington, in London, in Brüssel und auch bei der neuen Ampel-Koalition der Bundesregierung und ihren Beratern in Berlin mit ziemlicher Zuversicht davon ausgegangen, dass die Russen in der Ukraine militärisch überfordern und zugleich

unter dem Druck der umfassendsten und schlimmsten Wirtschafts- und Finanzsanktionen seit Ende des Zweiten Weltkriegs zusammenbrechen würden. In dem so entstehenden gesellschaftlichen Chaos würde dann das ungeliebte "Putin-Regime" von der desillusionierten russischen Bevölkerung hinweggefegt.

Aber die westlichen Kriegsherren haben zu kurz gedacht. Die Entwicklung war komplett andersherum als geplant. Nach einer anfänglich starken Startposition der Ukraine mit dem gelungenen Maidan-Putsch im Jahr 2014 steht seit Beginn der russischen Militäroperation zur Demilitarisierung und dringend notwendigen Entnazifizierung der Ukraine heute der gesamte Westen ziemlich hilflos da.

Es sind die westlichen Regierungen, die heute ökonomisch und militärisch überfordert sind, und das nicht nur wegen der russischen Operation in der Ukraine. Die galoppierende Inflation, die Energieknappheit, prekäre Versorgungen mit Dünge- und Nahrungsmitteln, Lieferengpässe in fast allen anderen Rohstoff- und Halbwaren-Bereichen sowie starke Anzeichen für einen neuen Börsen-Crash und das Platzen der gigantischen Finanzblase im Westen sind zum großen Teil selbst verursacht, auch wenn jetzt die Schuld für alles auf "Putin" abgewälzt wird.

Derweil wächst in der westlichen Gesellschaft angesichts der selbstzerstörerischen Außen- und Wirtschaftspolitik und der nicht selten infantilen Inkompetenz der eigenen Regierungen die Unruhe. Diese müssen sich zunehmend Sorgen um die Stabilität in ihren eigenen Ländern machen, während in Russland die Wirtschaft wieder wächst, die Inflation rapide fällt und der Rubel zu einer der stärksten Währungen der Welt geworden ist.

Mit ihren außerordentlich schweren Wirtschaftssanktionen hatten die Regierungen der westlichen Un-Wertegemeinschaft gehofft, dass die russische Wirtschaft in diesem Jahr um 15 bis 20 Prozent zusammenbrechen würde. Die Russen selbst waren vor drei Monaten in ihren Prognosen noch von einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 7,5 Prozent ausgegangen. Da inzwischen die russische Wirtschaft wieder zu brummen angefangen hat, geht man in Moskau für das ganze Jahr 2022 nur noch von einem Rückgang des Wirtschaftswachstums von drei bis vier Prozent aus.

Und was das US/NATO-Ziel der Destabilisierung der russischen Gesellschaft betrifft, so liegen sie auch diesbezüglich total daneben. Präsident Putins Rückhalt in der Bevölkerung ist einmalig stark. Die Zustimmung zur Politik des Kremls liegt je nach Umfrage bei plus/minus 80 Prozent. Man vergleiche dieses Ergebnis mit dem der politischen Knalltüten im Westen.

Zurück im Jahr 2014, als die USA und ihre europäischen Vasallen mithilfe faschistischer Gewaltextremisten beim blutigen Maidan-Putsch die bisher neutrale Ukraine übernahmen und politisch, militärisch und wirtschaftlich quasi in die NATO annektiert hatten, sah der vereinte Westen in der Ukraine ein außerordentlich effektives Druckmittel gegen Russland. Ein US-Kommentator benutzte damals folgendes Bild:

Wir haben jetzt jederzeit die Möglichkeit, direkt vor der russischen Haustür ein großes Feuer zu entfachen oder es auch wieder zu löschen, je nachdem, wie sich Russland uns gegenüber verhält, in Europa oder im Rest der Welt.

Von dem bedeutenden strategischen Zugewinn in der Ukraine erhofften sich die Eliten in den USA und Europa, Russland wieder unter die US-geführte, regelbasierte Weltordnung zwingen zu können, wie wir das aus den Jahren von Präsident Jelzin kennen. Im Grunde genommen wollte man in Russland wieder die Situation herstellen, in der die Tore zur Ausplünderung der russischen Ressourcen für westliche

Konzerne erneut weit geöffnet waren. Diese waren allerdings vom bösen Präsidenten Putin brutal zugeschlagen worden. Das ist der Grund, weshalb das "schlimme Putin-Regime" aus Sicht der elitären westlichen Un-Wertegemeinschaft ein für alle Mal wegmuss.

Mittel zum Zweck war der seit acht Jahren andauernde Krieg im Osten der Ukraine. Diesen Krieg wollten die westlichen Kriegsherren wieder intensivieren. Das begann mit der westlichen Zustimmung zur ukrainischen Offensive zur Rückeroberung des Donbass und der Krim, die am 16. Februar dieses Jahres mit einem einwöchigen massiven Artilleriebombardement gegen die Volksrepubliken Lugansk und Donezk begann. Damit wurde das Eingreifen Russlands herbeiprovoziert.

Dabei war der Westen überzeugt, dass sich dank achtjähriger westlicher Waffenlieferungen, dank militärischer Ausbildung in Taktik und Strategie, dank US-Hilfe bei militärischer Aufklärung in Echtzeit und vielen anderen militärischen Hilfestellungen der US/NATO die Ukraine als harte Nuss erweisen würde, die die Russen kaum knacken könnten. Zudem wurde damit gerechnet, dass sich die Russen beim Kampf in der Ukraine verzetteln und dass die massiven Sanktionen im Wirtschaftskrieg gegen Russland die Heimatfront in Moskau ins Wanken bringen würde. Die erhofften Folgen waren, dass Russland sich mit hohen militärischen Verlusten in der Ukraine festfahren und zu Hause die wirtschaftliche und politische Krise zum Zusammenbruch der russischen Regierung führen würde. Das war das Kalkül.

Tatsächlich sah es in den ersten zwei Wochen der russischen Militäroperation in der Ukraine so aus, als ob das US/NATO-Kalkül aufgehen würde. Falsch informiert waren Kolonnen der russischen Streitkräfte im Vertrauen auf wenig Gegenwehr der ukrainischen Streitkräfte und ohne hinreichenden Flankenschutz nach vorne geprescht und in für sie vorbereitete Hinterhalte gefahren. In dieser kurzen Zeit haben die Russen die bisher schwersten Verluste erlitten. Seither sind sie methodisch und langsam, aber stetig vorgegangen. Dabei hat die Rücksichtnahme auf die Zivilbevölkerung, mit der Russland nach dem Krieg gut auskommen will, einen hohen Stellenwert.

Laut einem Ende letzter Woche veröffentlichten UNO-Bericht liegt die Zahl der zivilen Todesopfer, die die russische Operation bisher gefordert hat, mit geschätzten 4.500 Personen erstaunlich niedrig. Vor allem, wenn man die Wucht der schweren Kämpfe in vielen ukrainischen Dörfern und Städten in dem beinahe vier Monate dauernden Krieg bedenkt. Laut einem UNO-Bericht vom Ende letzten Jahres macht diese Zahl nur ein Drittel der 14.000 Zivilisten aus, die im Donbass von der ukrainischen Armee in den letzten acht Jahren getötet worden sind. Oft geschah dies durch willkürliches Artilleriefeuer ukrainischer Nazi-Verbände ohne militärische Ziele auf zivile Wohngebiete.

Anders als im Westen erwartet hat Russland mit seinen Militäroperationen auch erfolgreich vermieden, sich zu verzetteln. Der Hauptgrund aber, weshalb der Westen aktuell so vollkommen ratlos ist, ist, dass die russische Wirtschaft auf den US/NATO-Wirtschaftskrieg grundlegend anders reagiert und funktioniert hat als erwartet. Letzten Freitag senkte die russische Zentralbank sogar die Zinssätze auf 9,5 Prozent, Tendenz schnell weiter fallend, denn auch die Inflation nimmt rasant ab. Dazu hat auch die außerordentliche Erstarkung des Rubels gegenüber fast allen anderen Weltwährungen beigetragen.

Mit Datum vom 16. Juni 2022 bekommt man für 57 Rubel einen Dollar. So stark war der Rubel zuletzt vor dem Maidan-Putsch 2014. Aufgrund der feindlichen US-EU-Maßnahmen zur Zerstörung der russischen Währung unmittelbar nach der aktuellen russischen Militärintervention in der Ukraine war der Rubel kurzzeitig auf das Niveau von 150 Rubel zu einem Dollar gefallen. Die Chefin der russischen Zentralbank aber hat bravourös reagiert. Wie beim Judo hat sie die Energie des Angreifers brillant dazu genutzt, den

Gegner zu schlagen, indem jetzt die als "feindlich" eingestuften Länder ihre Energieimporte aus Russland in Rubel bezahlen müssen. Dadurch hat sich der Wert des Rubels gegenüber dem Dollar im Vergleich zum Stand von Ende Februar 2022 fast verdreifacht, was den Import aller in Dollar gehandelten Waren aus dem Rest der Welt für die russischen Käufer erheblich billiger macht.

Noch überraschender ist für viele Beobachter der russischen Wirtschaft, dass sich die Anzeichen für eine nachhaltige Erholung mehren – vor allem, was die industrielle Aktivität betrifft. So hat beispielsweise die riesige Automobilfabrik bei Togliatti, wo die bekannten Ladas hergestellt werden, ihre Arbeit wieder vollumfänglich aufgenommen. Die EU/NATO-Hoffnungen, dass die Produktion wegen fehlender Teile aus dem Westen monatelang stillstehen würde, haben sich als typisch westliches, nämlich unfundiertes Wunschdenken erwiesen. Zugleich scheint die Entwicklung in der Automobilindustrie nicht die "eine" Schwalbe zu sein, die noch keinen Frühling macht. Vielmehr deuten jüngste Zahlen der Russischen Zentralbank darauf hin, dass der Aufschwung auf einer breiten Basis steht.

Derweil zeigen private Fotos in den sogenannten "sozialen" Medien, dass es in den russischen Supermärkten an nichts mangelt. Die Regale sind voll, wenn auch im Lebensmittelbereich Edelprodukte aus der EU, wie beispielsweise französischer Käse und italienischer Schinken weitgehend fehlen. Dafür gibt es aber Ersatz aus anderen Ländern. Feinschmecker würden das zwar nicht als "Ersatz" bezeichnen, aber die russische Bevölkerung kommt mit der Situation zurecht, im Unterschied zu den Verbrauchern in den Ländern des Westens.

In der EU, in Großbritannien und vor allem in den USA droht eine Rezession in Verbindung mit fast zweistelligen Inflationsraten noch mehr Menschen in die Armut abzudrängen. Zugleich verhindern bereits sehr hohe private und staatliche Verschuldungsraten in Verbindung mit steigenden Zinssätzen eine Rückkehr der Zentralbanken zu den Zeiten der wunderbaren Geldvermehrung.

Zum ersten Mal seit Menschengedenken droht gegen Jahresende auch in Deutschland sogar vielen Menschen aus der Mittelschicht, dass sie hungern und/oder frieren werden. Dass dies ohne politische Auswirkungen bleiben wird, ist kaum vorzustellen. Ebenso dürfte es angesichts der ständig demonstrierten Unfähigkeit und Ignoranz der Ampelregierung in Berlin – vor allem bei ihrer grünen Komponente – immer schwieriger werden, alle Schuld auf die Russen abzuschieben.

Die Tatsache, dass Russland nicht unter den Sanktionen eingeknickt ist, hat den Russen die Zeit gegeben, um in Ruhe die anfänglichen militärischen Probleme aus dem Weg zu räumen. Mit Ausnahme des präsidialen Schauspielers Selenskij glaubt selbst der verbohrteste Propagandist in Kiew und im Westen nicht mehr an einen Sieg der Ukraine. Vielmehr wird angesichts der zunehmenden Auflösungserscheinungen der Fronteinheiten des ukrainischen Militärs jetzt diskutiert, wie viele Wochen die Armee des Landes noch durchhalten kann.

Statt sich militärisch in der Ukraine festzufahren, wovon man im Westen ursprünglich ausgegangen ist, haben die Russen nach dem Abbruch der Verhandlungen in Istanbul durch die ukrainische Regierung Ende März und angesichts der beharrlichen Weigerung Kiews, die Verhandlungen mit Moskau zur diplomatischen Beilegung des Konfliktes wiederaufzunehmen, in den nachfolgenden Monaten auf dem Schlachtfeld in der Ukraine militärische Fakten geschaffen. Diese können auch bei eventuell zukünftigen Gesprächen mit der Ukraine oder dem Westen nicht mehr wegverhandelt werden. Und mit jedem weiteren Tag, den die Selenskij-Propaganda-Produktionstruppe in Kiew den Krieg verlängert, schwächt sie ihre Verhandlungsposition weiter.

Mit jedem weiteren Tag Krieg opfert Selenskij Hunderte seiner eigenen Soldaten. Nach Angaben des Selenskij-Beraters Dawid Arachamija am 15. Juni anlässlich seines Besuchs in Washington verliert die ukrainische Armee täglich zwischen 200 und 500 Tote und nochmals 500 schwer Verwundete. Die Menschen sterben einen vollkommen sinnlosen Tod. Selbst wenn man das Militär und die Soldaten kaltblütig nur als Mittel zum Zweck, nämlich zur "Fortführung der Politik mit anderen Mitteln" sieht, muss sich doch jeder vernünftige Mensch fragen, welche politischen Ziele Kiew mit der Fortführung des längst verlorenen Krieges noch erreichen will.

Welche Verhandlungsspielräume gegenüber den Russen kann die Selenskij-Regierung mit dem Opfer von 1.400 bis 3.500 weiteren toten ukrainischen Soldaten noch gewinnen, wenn der Krieg um eine Woche verlängert wird? Keine! Auch vier Wochen länger Krieg mit bis zu 14.000 Toten werden die Lage für die Regierung in Kiew nicht verbessern. Der Krieg ist für die Ukraine verloren! Und diese Erkenntnis hat sich scheinbar inzwischen bei vielen NATO-Militärs durchgesetzt, aber offensichtlich bestehen die zivilen NATO-Politiker weiter auf ihrem Mantra: "Russland muss verlieren!" Nur so lässt sich erklären, warum die westlichen Regierungen tatenlos bei der Fortsetzung dieses mörderischen Irrsinns durch neue Waffenlieferungen mitmachen.

Anstatt Selenskij klarzumachen, dass er verloren hat und die NATO ihm nicht dabei helfen wird, den Donbass und die Ukraine zurückzuerobern, wie der Clown noch vor wenigen Tagen lauthals verkündet hatte, diskutierten die NATO-Kriegsminister bei ihrem Treffen in Brüssel am 15. Juni erneut weitere Waffenlieferungen an die Ukraine und bestärkten damit nur noch mehr den Realitätsverlust in der ukrainischen Führung. Warum machen das die NATO-Minister?

Wenn ein Sieg der Ukraine ausgeschlossen ist, und wenn man mit der Fortsetzung des Krieges keine Verhandlungschips gewinnen kann, dann bleibt nur eine Erklärung: Diese hatte der US-Kriegsminister Lloyd Austin bei seinem Besuch in Kiew unvorsichtigerweise ausgeplappert, dass nämlich die Amerikaner den Krieg in der Ukraine "so lange wie möglich fortführen" wollen, um Russland "ausbluten" zu lassen.

Es ist aber nicht Russland, das dabei ausblutet, sondern die Ukraine. Und das sind die Helfer und Freunde des ukrainischen Präsidenten. Die Menschen in der Ukraine sollten schleunigst daraus ihre Konsequenzen ziehen.

**Mehr zum Thema** - Verantwortungslose Egozentrik: Wie Merkel über Putin redet und sich selbst bloßstellt

*RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.*